

Fraktion
Rüsselsheim



SPD



DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

Rüsselsheim, 5.2.2018

Büro Stadtverordnetenversammlung
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Antrag zu DS 255 (Konsolidierungsbeitrag AöR): Überprüfung Budgetvereinbarung

Die Fraktionen SPD, WsR, Bündnis 90/Die GRÜNEN und Linke/Liste Solidarität stellen gemäß § 17 der Geschäftsordnung folgenden Antrag:

- a) Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim stellt fest, dass durch die Drucksache 255/16-21 die Frage der Berechtigung des Ausgangsbudgets der AöR für das Jahr 2016 (Zahlungen von 9,319 Millionen Euro aus dem Haushalt der Stadt Rüsselsheim) nicht geklärt wurde.
- b) Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim fordert die gemäß Budgetvereinbarung §1 (4) nach Abschluss des zweiten Wirtschaftsjahres vereinbarte „Überprüfung der Budgetvereinbarung hinsichtlich der Höhe der Kostenerstattung“ unmittelbar einzuleiten. Dafür können die von Seiten der städtischen Verwaltung beteiligten Bereiche wie Rechnungsprüfungsamt und Kämmerei auch externen Sachverstand hinzuziehen.

Begründung

Im Laufe der Diskussion zur DS 255/16-21 und dem Besuch einer Delegation des HuFA bei der AöR ergaben sich insbesondere Zweifel an den gegebenen Begründungen für die Kostenerstattung für die Mietzahlung sowie die Höhe der Reduktionen für die weggefallenen Aufgaben von Werkstätten und Gärtnerei. Auch deshalb ist es wichtig schnellstmöglich Klarheit über die Höhe der Kostenerstattung für die nächsten Jahre herbeizuführen.

Sanaa Boukayeo
SPD-Fraktionsvorsitzende

Maria Schmitz-Henkes
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen

Karl-Heinz
Schneckenberger
Fraktionsvorsitzender
Die Linke/Liste Solidarität